

Roland Schäfer, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Rede auf der Fachkonferenz der Bundes-SGK „Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik“ am 13. März 2009 in Mainz

Liebe kommunale Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich darf mich zunächst ganz herzlich für die Einladung bedanken und die herzlichen Grüße des deutschen Städte- und Gemeindebundes zu dieser Konferenz überbringen. Dies ist eine Konferenz, die ein Thema hat, was bei uns Kommunen durchaus angekommen ist. Ich glaube, heutzutage muss man auf der kommunalen Ebene nicht mehr die Frage stellen, *ob* wir Städte und Gemeinden einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können, sondern es geht eigentlich nur noch um die Frage, *wie* dieser Beitrag konkret aussieht.

Wir beschäftigen uns, wenn man mal genau in die Geschichte zurück guckt, spätestens seit Beginn der 90er Jahre intensiv mit dem Thema Klimaschutz, und zwar im Rahmen der Initiativen zur lokalen Agenda. Das Prinzip, das damals formuliert worden ist bei den lokalen Agenden – die ja in vielen Kommunen immer noch aktiv sind –, nämlich „global denken, lokal handeln“, gilt weiterhin. Die aktuellen Daten zur Klima- bzw. CO₂-Entwicklung und zur Atmosphäre haben diesem Thema sicher eine ganz neue Dramatik verliehen. Wir haben als Kommunen eine Vielfalt an Möglichkeiten, zum Klimaschutz und zur Absenkung von CO₂-Emissionen beizutragen. Gerade bei kleineren Städten und Gemeinden gibt die kommunale Selbstverwaltung die Chance, sich mit regional und lokal angepassten innovativen Modellen zu profilieren. Wir müssen immer daran denken, dass die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten lebt, sondern in ländlichen Gebieten, in kleinen und in mittleren Gemeinden und Städten.

Bei den Bürgern ist dieses Thema, nach meiner Einschätzung, in der Mehrheit durchaus angekommen. Es ist im Bewusstsein vieler unserer Mitbürgerinnen und -bürger: Man muss etwas für Klimaschutz tun, man muss CO₂-Emissionen

vermindern. Es ist unsere Aufgabe im kommunalen Bereich und auch unsere Möglichkeit, dieses Bewusstsein aufzugreifen und mit entsprechenden Möglichkeiten im kommunalen Bereich umzusetzen. Hinzu kommt, wenn wir uns profilieren als Kommunen, als Stadträte, als Bürgermeister, Landräte, Oberbürgermeisterinnen, dann ist das auch ein Stück Standortpolitik, denn eine Kommune, die selbst im Klimaschutz vorangeht, im Umweltschutz vorbildlich ist, kann damit werben. Das ist inzwischen ein ausgesprochen positiv besetzter Faktor. Klimaschutz ist also auch im Standortwettbewerb, in dem wir uns bewegen – sowohl um Ansiedlungen als auch um Einwohner –, angesichts der demografischen Entwicklung nicht zu unterschätzen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Auswirkung auf die Arbeitsmarktsituation. Sigmar Gabriel hat sehr deutlich darauf hingewiesen, was hier tatsächlich an Arbeitsplätzen geschaffen werden kann.

Wir Kommunen haben im Wesentlichen vier Funktionen im Bereich des Klimaschutzes. Wir sind zum einen Verbraucher und damit gleichzeitig auch Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger. Wir sind Planer und Regulierer. Wir sind Berater und Promoter. Und letztlich sind wir auch – und da schließt sich der Reigen wieder hin zu den Stadtwerken – Versorger und Anbieter. Zunächst zu der vielleicht wichtigsten Rolle neben dem Versorger und Anbieter, unserer Rolle als Verbraucher. Hier steht die eigene Entscheidung in jeder Verwaltung und in jeder Kommune im Mittelpunkt. Dazu gehört die Bewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften, Umgang mit dem kommunalen Fuhrpark, Beschaffung der unterschiedlichsten Verbrauchs- und Anlagegüter - von der Datenverarbeitung bis hin zum Kühlschrank im Jugendheim.

Die Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik sind zusammengenommen der größte Gebäudebesitzer Deutschlands: 40.000 Schulgebäude, 50.000 Kindergartengebäude, ca. 15.000 Verwaltungsgebäude, zahlreiche Gebäude im Bereich Sport, Friedhöfe, Feuerwehr, Kultur, Weiterbildung, Jugend und Freizeit. Hinzu kommen die Gebäude mittelbar über unsere kommunalen Beteiligungsgesellschaften und die Tausenden von

Wohnungen, die von kommunalen Wohnungsunternehmen bewirtschaftet werden.

Allein für den Energieeinkauf – für den Unterhalt der kommunalen Gebäude im unmittelbaren Sinne, einschließlich der Straßenbeleuchtung – geben die Kommunen der Bundesrepublik ca. 2,5 Milliarden Euro jedes Jahr aus. Wenn man mal genau in einen kommunalen Haushalt reinguckt – bei den meisten kommunalen Haushalten kann man das allerdings nicht erkennen –, wird man feststellen, dass der Energieaufwand spätestens an der vierten Stelle steht – nach Personalkosten, Sozialkosten und Schuldendienst. Er ist allerdings normalerweise sehr verteilt und man macht es sich gar nicht richtig deutlich. Einsparungen beim Energieaufwand von 20 Prozent aufwärts, und zwar zum Teil deutlich aufwärts, durch Maßnahmen des Klimaschutzes sind mit Sicherheit nicht unrealistisch. Auch im Bereich der Fahrzeuge sind wir Kommunen Großeigentümer. Baubetriebshöfe, städtische Feuerwehr, kommunale Betriebe und die Verwaltung verfügen über eine ganz erhebliche Anzahl von Personenkraftwagen, von LKWs und Spezialfahrzeugen.

Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hände insgesamt, also Bund, Länder und Kommunen zusammen, beträgt pro Jahr übrigens 250 Milliarden Euro. Wir bewegen etwas, wir setzen etwas um. Zumindest ein Teil davon sollte Klimaschutzgesichtspunkte berücksichtigen.

Der größte Einzelnutzen ist sicher durch klimaschutzrelevante Investitionen in den Gebäudebestand erreichbar, auch wenn es immer mal wieder Beispiele für ausgesprochen heruntergekommene Schulen gibt - das wird dann gerne im Fernsehen vorgetragen, aus Großstädten oder ähnliches -, gilt das sicher nicht für den Durchschnitt. Ich denke, die meisten Kommunen versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre kommunalen Gebäude, ihre Schulen, ihre Kindergärten, ihre Verwaltungsgebäude in einem vernünftigen Zustand zu halten. Aber natürlich ist es so, wenn man Finanzknappheit hat, wird am ehesten im Bereich Unterhaltung gespart. Dort spüren sie das nicht unmittelbar. Nehmen Sie dem Roten Kreuz einen Zuschuss von 1000 Euro im Jahr weg, dann haben Sie

einen Aufstand. Sparen Sie 1 Million bei der Gebäudeunterhaltung ein, so merkt das zunächst niemand – bis auf das örtliche Handwerk vielleicht. Nach zehn Jahren sieht das allerdings schon anders aus. Hinzu kommt – ein Großteil unserer Gebäude stammt aus den 60er, 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts –, dass der Standard, den wir heute haben, bei diesen Gebäuden nicht vorhanden ist. Das heißt, wenn wir hier in Fassadendämmung, in neue Fenster, in Dachdämmung, in moderne Heizungsanlagen investieren, dann erzielen wir eine mehrfache Gewinnsituation: Wir vermindern den CO₂-Verbrauch, das heißt, die CO₂-Belastung wird zurückgehen. Handwerk und Baugewerbe erhalten Aufträge, denn ein Großteil dieser Investitionsmaßnahmen sind Dinge, die nicht europaweit ausgeschrieben werden müssen, sondern die tatsächlich vor Ort oder zumindest in der Region vergeben werden können. Damit werden Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten. Wir verbessern die Gebäudesituation im Interesse der Bürgerinnen, der Schülerinnen, der Schüler und der Kindergartenkinder. Letztlich erzielen wir Einsparungen im städtischen Haushalt bei den Energiekosten. Wenn wir das mal genau durchrechnen, dürfte ein Großteil der Aufwendungen für energetische Sanierung von Gebäuden eine sich rechnende Investition sein, die Sie nach einigen Jahren wieder hereingeholt haben.

An dieser Stelle muss ich das Konjunkturpaket II ansprechen, denn das zielt genau in diese Richtung. Innerhalb dieses Paketes werden eine ganze Reihe von ohnehin schon bestehenden Förderprogrammen und Kreditleichterungen aufgestockt und verbessert. Als neuer Bestandteil ist das kommunale Investitionsprogramm hinzugekommen, für das der Bund 10 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Sie werden ergänzt durch Bundesländer und Kommunen mit 3,3 Milliarden, also 13,3 Milliarden Euro für die Bundesrepublik – ein ganz enormes Paket.

Wir sind als Kommunen ausgesprochen dankbar in Richtung des Bundes, dass er das zur Verfügung stellt, und auch in Richtung der Länder, dass sie letztlich mitgemacht haben und auch weiter mitmachen. Für Nordrhein-Westfalen folgen aus diesem Paket zum Beispiel 2,8 Milliarden Euro, die zum Teil vom Land –

das ist auch so vorgesehen im Paket – richtigerweise genutzt werden können. Immerhin über 70 Prozent der Summen in Nordrhein-Westfalen gehen an die Kommunen, und zwar 100 Prozent, das heißt, die Kommune bekommt das Geld zunächst ohne Eigenanteil und kann es einsetzen. Das ermöglicht auch finanzschwachen Kommunen, das Geld unmittelbar einzusetzen. Wir müssen uns beteiligen als Kommune, aber das ist ein paar Jahre hinausgeschoben und wird dann einzeln abgestottert. Das ist durchaus machbar, meine ich.

Auf eine kleine Stadt wie Bergkamen mit 52.000 Einwohnern, entfallen immerhin 6,3 Millionen Euro. Das ist eine Summe, mit der Sie eine ganze Menge anfangen können. Und ich denke, die Städte und Gemeinden sind gut beraten, wenn sie das entsprechend der Zielsetzung des Gesetzes einsetzen, nämlich mit dem Ziel energetischer Gebäudesanierung mit Schwerpunkt im Bildungsbereich.

Wir haben damit eine große Vorbildwirkung als Kommune, denn, so wie wir selber mit unseren Gebäuden umgehen und wie wir selber mit Energie umgehen, so können wir das auch unseren Bürgern vorführen. Wenn man sich selber nicht korrekt verhält, kann man wohl kaum dem Bürger ein anderes Verhalten abverlangen.

Damit bin ich beim nächsten Punkt: Die Kommune als Berater und Promoter. Das hängt mit der Vorbildrolle zusammen. Es hängt auch damit zusammen, dass wir direkt vor Ort sind. Wir können hier, entweder selber oder in Kooperation mit Stadtwerken, in Kooperation mit Verbraucherzentralen, im Bereich Energieberatung aktiv sein. Wir können entsprechende Förderprogramme, die für den privaten Bereich existieren, den Bürgern nahe bringen bzw. vermitteln und dafür werben. Wir können mit eigenen, kleinen Förderprogrammen vor Ort vielleicht zusätzliche Unterstützung leisten, zumindest da, wo es möglich ist. Wir haben also eine Rolle als Moderator und Promoter, die wir auch nutzen sollten.

Dritte Funktion der Kommunen ist die der Planer und Regulierer. Wir sind Träger der Bauleitplanung. Wir sind daneben für eine Fülle von zusätzlichen Fachplanungen zuständig, das allerdings ein bisschen abhängig von dem jeweiligen Bundesland, von der Verkehrsplanung, über Lärmschutz, Landschaftsschutzplanungen, Ausweisung von Vorranggebieten für Windräder, Freizeit, Sportstättenplanung, Absicherung von Anlagen der erneuerbaren Energie und so weiter.

Wir können durch die Festsetzungen in Bebauungsplänen Solarnutzung fördern. Wir können unsere neuen Baugebiete oder auch Flächennutzungspläne so ausrichten, dass öffentlicher Personennahverkehr und Radfahrverkehr gefördert werden. Alles das sind Möglichkeiten, wo wir als Planer, als Bauleitplaner und als Baugenehmigungsbehörde Einfluss nehmen können.

Der vierte Gesichtspunkt bringt mich zu den Stadtwerken. Es geht um die Kommune als Versorger und als Anbieter. Das machen wir über unsere kommunalen Stadtwerke, vor allem im Bereich der Energieversorgung, aber auch über kommunale Gesellschaften, etwa im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. Bei all diesen Bereichen, ob ÖPNV, Stromerzeugung, Abwasser, Abfallentsorgung, kommunaler Wohnungsbau, kann die Kommune Angebote an die Bürger machen.

Lassen Sie mich vielleicht, um es etwas konkreter zu machen, ein Beispiel aus einer nordrhein-westfälischen Stadt anbringen, nämlich meiner eigenen Stadt Bergkamen, am Ostrand des Ruhrgebiets gelegen, zwischen Dortmund und Hamm, 52.000 Einwohner: Wir sind eine recht junge Stadt, erst seit 1966. Wir waren immer privat versorgt, bis auf den Bereich Abwasserentsorgung. Strom und Erdgas machte VEW. Für Fernwärme gab es eine Fernwärmegesellschaft, Fernwärme Niederrhein. Wir haben unsere Stadt mit Fernwärme versorgt. Abfallentsorgung und Straßenreinigung machte die Firma Rethmann, jetzt Remondis genannt. Die Wasserversorgung machte die Gelsenwasser AG. Wir haben uns also komplett privat versorgt bis 1994. Im Dezember 1994 haben wir

uns mit zwei Nachbarkommunen zusammen getan und die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen gegründet, die ab dem 1. Januar 1995 ihr Geschäft aufgenommen haben. Diese Stadtwerke waren für uns der Motor, die Bereiche der Daseinsvorsorge, die bisher privat erledigt waren, zu kommunalisieren. Das ist keine Rekommunalisierung, weil es niemals kommunal war bei uns.

Wir haben Mitte 1996 das Stromnetz von VEW gekauft und die Stromversorgung übernommen. 1999, nach Ablauf der Konzessionsverträge das Erdgasnetz von VEW gekauft und die Erdgasversorgung übernommen. 2003 haben wir das bestehende Fernwärmenetz, eine Auskopplung aus einem großen Kohlekraftwerk, das RWE und anderen gehört, gekauft und die Fernwärmeversorgung übernommen. Wir haben uns bis heute ausgesprochen gut und für die Kommunen gewinnbringend im Markt behaupten können. Wir haben es auch geschafft, über diese ohnehin bestehende Dreier-Kooperation der drei Kommunen, die gemeinsame Träger der Stadtwerke sind, weitere Kooperationen einzugehen, insbesondere im Bereich des Einkaufs der EHW, Energiehandelsgesellschaft West und seit Kurzem auch als direkte Mitglieder von Trianel. Wir haben im Bereich Netzbetrieb im regionalen Bereich eine gemeinsame Netzbetriebsgesellschaft und eine Servicegesellschaft gegründet, die Back-Office-Funktionen gemeinsam übernehmen sollen.

Was bringen diese Stadtwerke für uns? Sie bringen zum einen Mitarbeiter, 174 Mitarbeiter, 16 Auszubildende, Lohnsumme von immerhin fast 8 Millionen Euro, und im vorletzten Jahr Aufträge von etwa 7 Millionen Euro direkt an die örtliche Handwerkerschaft. Wir bekommen in Bergkamen die höchstmögliche Konzessionsabgabe von 2,1 Millionen im Strom- und Gasbereich. Außerdem eine ganz erhebliche Gewerbesteuerzahlung – die darf man wegen des Steuergeheimnisses hier nicht nennen –, aber das ist nach einem großen Industrieunternehmen und nach unseren Stadtwerken der drittgrößte Gewerbesteuerzahler in unserer Stadt. und wir bekommen unseren Gewinnanteil. Das waren 2007 immerhin 2,5 Millionen Gewinnanteil für Bergkamen. Den haben wir zum größeren Teil als Verlustabdeckung für unsere

Freizeitanlagen, Wellenbad, Hallenbad, Eissporthalle benutzt. Aber immerhin noch 500.000 als direkte Auszahlung gingen an den Haushalt, das heißt, direkt an die Bürgerinnen und Bürger.

Das ist aber nur die eine Seite: Arbeitsplätze, Kaufkraft, Lohnsumme und Gewinnanteil. Das andere ist die Gestaltungsmöglichkeit, die man über die Stadtwerke hat. Wir haben uns zum einen entschieden, uns innerhalb der Stadtwerke, an dem GuD- Kraftwerk von Trianel in Hamm und einem Erdgasspeicher zu beteiligen. Wir haben uns 2008 festgelegt, dass wir uns wie bisher an dem Projekt Windpark „Borkum-West II“ beteiligen, was leider im Moment ein bisschen auf Eis liegt. Aber das sollte in größerem Umfang unser Einstieg in erneuerbare Energien sein.

Wir haben im Bereich der Eigenerzeugung ein Heizwerk und drei Blockheizkraftwerke – ein weiteres ist in Bau. Das sind keine Riesensummen, aber es werden dort 2,3 Million Kilowatt Wärme und 6,6 Million Kilowatt Strom selber erzeugt. Wir haben ein Förderprogramm für Erdgasfahrzeuge und Erdgasheizungsanlagen aufgelegt, die sich die Leute in ihr Haus einbauen. Wir haben in Kooperation mit einem privaten Tankstellenbetreiber eine Erdgastankstelle gebaut, weil es bisher keine Erdgastankstelle in unserem Versorgungsgebiet gab. Wir haben Kundencenter in jeder Gemeinde, so dass direkt vor Ort Energieberatung durchgeführt werden kann. Wir führen seit 2004 ein Programm durch, und zwar Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden. In Bergkamen stehen inzwischen sechs solche Anlagen, im Wesentlichen auf Schulen. 120.000 Kilowatt Strom pro Jahr ist nicht die Welt, aber es ist ein kleiner Beitrag und es wird in den Schulen natürlich auch für Physikunterricht und als Anschauung genutzt.

Wir tragen durch Contracting-Verträge zur Energiereduzierung seit 2001 in städtischen Gebäuden bei; zur Zeit in fünf großen Objekten. Seit dem letzten Jahr bieten wir Ökostrom aus österreichischer Wasserkraft an – wirklich zertifiziert und überprüft. Das ist nicht nur so eine Bescheinigung, sondern wird wirklich von uns eingekauft – zu Lasten von traditionellem, konventionellem

Stromeinkauf. Wir haben uns in diesem Monat politisch entschieden, dass die Stadtwerke Bergkamen komplett den öffentlichen Gebäudebestand einschließlich der Straßenbeleuchtung mit diesem Ökostrom versorgt. Das heißt, wir werden 100 Prozent städtische Gebäude mit Ökostrom haben.

Wir haben daneben natürlich die Stadtwerke als Sponsor. Neben der Sparkasse ist das der große Sponsor in unserer Stadt. Außerdem haben wir diesen Monat zusätzlich einen Ökofonds eingerichtet, im dem klimaschutzrelevante Initiativen von Vereinen und Gruppen in den drei Kommunen unterstützt werden können.

Das sind Dinge, die Sie nur dann machen können, wenn Sie eigene Stadtwerke haben. Nur dann können Sie das entscheiden. Voraussetzung ist allerdings, dass Ihre Stadtwerke wirtschaftlich gesund sind und Gewinn bringen, denn sonst ist auch dies nicht möglich.

Wir zeigen in den Stadtwerken bei uns in Bergkamen, aber auch in den anderen Stadtwerken, dass Gewinnerzielung und Gemeinwohlorientierung durchaus vereinbar sind, anders als Profitmaximierung zugunsten von privaten Anlegern, die irgendwo sitzen. Wir brauchen aber auch diese wirtschaftliche Stärke. Von daher ist es notwendig, dass wir weiterhin diese neoliberale, marktradikale Position – „privat vor Staat“ – zurückdrängen. Das gilt auf der europäischen Ebene, aber auch auf der Ebene von Landesregierungen. In Nordrhein-Westfalen ist zum Beispiel in dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP dieses Prinzip – „privat vor Staat“ – ausdrücklich festgeschrieben und konsequent im Gemeindefinanzrecht umgesetzt worden.

Wir wollen für unsere Stadtwerke keine Privilegien haben. Ich finde es natürlich nicht richtig, wenn man manchmal Beispiele hört, dass eine Kommune mit ihrem Baubetriebshof Angebote für Kfz-Reparaturen macht, also in direkter Konkurrenz zu dem örtlichen Kfz-Handwerk. Das ist nicht korrekt. Das ist nicht zu akzeptieren. Nur das ist doch nicht der Fall bei unseren Stadtwerken. Wir stehen in einem echten Wettbewerb – wir zahlen Steuern, wir sind nicht

privilegiert, aber wir wollen auch nicht benachteiligt werden. Und das tut das Gemeindefirtschaftsrecht.

Ohne unsere Stadtwerke gäbe es keinen echten Wettbewerb in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Es gäbe einige wenige große Oligopole, die die Bedingungen diktieren würden. Ohne unsere wirtschaftlich starken Stadtwerke würden wir in vielen Bereichen, ob das öffentlicher Personennahverkehr ist oder ob das der Freizeitbereich ist, wahrscheinlich ein deutlich ärmeres Land und ein Land mit viel weniger Angeboten sein. Wir hätten nicht die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten, die ich Ihnen eben am Beispiel einer kleinen Mittelstadt in Nordrhein-Westfalen dargestellt habe.

Deswegen brauchen wir unsere kommunalen Stadtwerke. Wir wollen weiterhin auf diesem Weg fortschreiten – auch im Interesse des Klimaschutzes – hier bei uns in unserer Republik. In diesem Sinne wünsche ich unserer Konferenz heute, die sich ja jetzt in Arbeitsgruppen intensiv mit den Fragen beschäftigen wird, einen erfolgreichen Verlauf. Ich denke, alle, die heute gekommen sind, werden es nicht bereuen. Das wird viele neue Anregungen geben. In diesem Sinne ein ganz herzliches Glückauf.